



*Correspondence point*  
*Korrespondenzpunkt*  
*Пункт корреспонденции*  
*Forums zur gegenwärtigen*

---

**Nr. 35**

(Ausgabe in deutscher Sprache)

**30. 3. 2014**

*Liebe Freunde, liebe Kollegen*

*Der Monat März war von einer Vielzahl politischer Ereignisse geprägt, die Einfluss auf die gesamte politische Situation in Europa hatten.*

*Das Referendum auf der Krim, in dessen Ergebnis die Krim nach den Willen ihrer Bewohner in den Bestand der Russischen Föderation übergang, diente den USA, der EU und der NATO dazu, eine maßlose Hetze gegen Russland zu entfalten verbunden mit dem Versuch es politisch zu isolieren, Europa zu spalten und den Weg in einen neuen Kalten Krieg zu beschreiten.*

*Nach allen Informationen verschärft sich in der Ukraine die innenpolitische Krise, im gesellschaftlichen Leben spielen die radikal-nationalistischen und faschistischen Kräfte immer noch eine Rolle.*

*Es entwickelt sich eine ernste Bedrohung von Sicherheit und Frieden in Europa.*

*Das Europäische Friedensforum hat bereits im Februar eine Erklärung „Gegen die Destabilisierung Europas“ veröffentlicht. (Korpunkt. Nr. 34), in der die Positionen des Forums zur gegenwärtigen Situation dargelegt sind.*

*In den europäischen Ländern haben im Monat März verschiedene Aktivitäten der Friedensbewegung und gesellschaftlicher Organisationen für Frieden und soziale Gerechtigkeit stattgefunden. Auf zwei Konferenzen möchten wir besonders aufmerksam machen:*

*Die internationale Konferenz „Gegen Gewalt und Krieg“, am 15. März in Prag, organisiert von der tschechischen gesellschaftlichen Organisation SOLDATEN GEGEN DEN KRIEG mit Unterstützung des Weltfriedensrates und die internationale Konferenz „Global Peace vs. Global Interventionism and Imperialism“ in Belgrad am 22.-23. März, organisiert vom BELGRAD FORUM für eine Welt der Gleichen und anderen gesellschaftlichen Organisationen, die aus Anlass des 15. Jahrestages des Überfalls der NATO auf Jugoslawien stattfand. Das Abschlussdokument dieser Konferenz haben wir bereits verschickt. Das Abschlussdokument der Konferenz in Prag, die aus Anlass des 75. Jahrestages der Besetzung der Tschechoslowakei durch Nazideutschland stattfand, haben wir in diesen Brief des Korpunktes aufgenommen. .*

*Außerdem versenden wir Informationen vom Friedenskomitee Georgiens, von der deutschen und von der ukrainischen Sektion des Europäischen Friedensforums.*

*Mit solidarischem Gruß*

*Kollektiv des Korrespondenzpunktes des Europäischen*

\* \* \* \* \*

## **Erklärung des Weltfriedensrates zu den Entwicklungen in der Ukraine.**

Der Weltfriedensrat drückt seine tiefe Sorge über die Situation in der Ukraine, nach der Einführung der neuen Regierung in Kiew durch die Imperialisten der europäischen Union, der NATO und der USA Hand in Hand mit reaktionären Neonazi-Gruppierungen, welche in letzter Zeit im Land aktiv waren, aus.

Zu Lasten der ukrainischen Menschen wurde in den letzten Monaten ein gefährliches und blutiges Spiel der USA, EU und der NATO gespielt, das ihre Ausweitung in den Osten und ihren Wettbewerb mit Russland, mit dem Ziel der Kontrolle der geopolitischen Sphäre und der Kontrolle der reichen Energiequellen in der Region, widerspiegelt.

Das ukrainische Volk, das seit 1991 schon so sehr von der kapitalistischen Wiedereinsetzung gelitten hat, hat das nicht-verhandelbare Recht sich für seine Führung und das Schicksal seines Landes, ohne ausländische Einmischung und ohne Einschreiten anderer, zu entscheiden. Die Wiederholung eines "gewaltsamen Wechsels des Regimes" hat die ohnehin schon die angespannte Atmosphäre im Land und der Region verschärft.

Wir verurteilen jeden Versuch politische Parteien zu verbannen, Gewerkschaften zu tauschen und Bemühungen Sprachminderheiten im Land zu verbieten. Außerdem verurteilen wir historischen Revanchismus gegen die Geschichte der Sowjet Union und deren bedeutenden Errungenschaften in der Ukraine. Wir missbilligen den Plan der NATO auf Basis des vierten Artikels, welcher an die Mitgliedsstaaten gerichtet ist, die Ukraine in die NATO zu integrieren und die eifrige finanzielle "Unterstützung" des internationalen Währungsfonds, der den Menschen nur weiteres Elend bringen wird.

Dem ukrainischen Volk muss eine eigene Rolle gegeben werden, damit es der eigentliche, wahre Herr seines Landes wird.

Des Weiteren drücken wir unsere Solidarität mit dem ukrainischen Volk aus und unserer Mitgliedsorganisation, dem antifaschistischen Komitee der Ukraine.

Der Weltfriedensrat  
4. März 2014

\* \* \* \* \*

*Deutsche Sektion des Europäischen Friedensforums:*

### **Solidaritätserklärung der Deutschen Sektion des Europäischen Friedensforums mit der Ukrainischen Sektion des Europäischen Friedensforums**

Aufmerksam und mit Sorge verfolgen die Mitglieder der Deutschen Sektion des Europäischen Friedensforums die politische Entwicklung in der Ukraine. Die durch einen, von den westlichen Staaten unterstützten Putsch, an die Macht gekommenen politischen Kräfte sind nicht willens und in der Lage eine den Interessen des ukrainischen Volkes entsprechende Ordnung herzustellen.

Im Gegenteil. Eine notwendige Reform der Verfassung des Landes scheint an den chaotischen politischen Verhältnissen zu scheitern, faschistische und radikal-nationalistische Kräfte haben nach wie vor maßgeblichen Einfluss, was eine demokratische Entwicklung unmöglich macht und das Drängen nach einem Anschluss an die EU ist mit unabsehbaren Folgen für die Wirtschaft und die soziale Lage der Menschen verbunden. Vor diesem Hintergrund werden im öffentlichen Leben Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit, insbesondere antirussische Stimmungen aber auch unverantwortliche Kriegspsychose geschürt. Dabei spielen die Medien – nicht nur in der Ukraine - eine gefährliche Rolle.

Diese ernste Situation, die gleichzeitig eine ernste Gefahr für den Frieden in Europa darstellt, wurde und wird maßgeblich durch die direkte und indirekte Einmischung der westlichen Staaten, allen voran der USA und der BRD sowie der EU und der NATO, aus geopolitischen Interessen befördert. Als Deutsche Sektion des Europäischen Friedensforums verurteilen wir insbesondere die Einmischungspolitik der Deutschen Bundesregierung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates, die mit dazu beitrug, eine gewählte Regierung zu stürzen und die sich nicht scheut, radikal-nationalistische und selbst faschistische Kräfte politisch hoffähig zu machen.

Die ukrainische Sektion des Europäischen Friedensforums und die mit ~~ihm~~ **ihr** verbündeten ukrainischen gesellschaftlichen Organisationen haben in den Jahren unserer Zusammenarbeit im Europäischen Friedensforum auf die Gefahren für den inneren und äußeren Frieden, auf radikal-nationalistische Tendenzen oder die Versuche des NATO-Einflusses in der Ukraine aufmerksam gemacht und entsprechende Aktionen organisiert. Damit wurde die gesamte Arbeit des Europäischen Friedensforums, insbesondere auch bei der Durchführung internationaler Konferenzen, bereichert.

Umso mehr brauchen sie heute - unsere Solidarität!

Unter den veränderten Bedingungen ist unser gemeinsames Handeln für Frieden und Sicherheit in Europa, für soziale Gerechtigkeit mehr denn je erforderlich. Deshalb erklären wir unsere Solidarität mit unseren ukrainischen Freunden und wenden uns an alle im Europäischen Friedensforum verbundenen Kräfte, unseren Freunden in dieser schicksalsschweren Zeit solidarisch zur Seite zu stehen.

Gegenwärtig kann und muss unser aller Beitrag vor allem darin bestehen, in unseren Ländern die wahren Hintergründe und Brandstifter der zugespitzten Konflikte in der Ukraine zu benennen, aufzuklären und der Propaganda der Medien entgegenzuwirken.

Solidarität hilft Siegen! Und siegen soll eine friedliche Entwicklung mit sozialer Sicherheit für das ukrainische Volk. Siegen sollen Frieden und Sicherheit in Europa!

Berlin im März 2014

\* \* \* \* \*

### **"Den Frieden gewinnen und nicht den Krieg"**

#### **Für eine friedliche und verantwortungsvolle Außenpolitik im Konflikt um die Ukraine**

Unter dem Motto wurde am 20. März 2014 vor dem Brandenburger Tor ein Meeting von Friedenorganisationen gemeinsam mit Bundestagsabgeordneten der Linken organisiert. Die Redner stimmten in ihren Beiträgen darin überein, dass sich die politische Lage nach dem Referendum über die Krim weiter verschärft und sich zu einem internationalen Konflikt ausgeweitet hat.

Die Abgeordnete der Linken Sevim Dagdelen erklärte u. a. dass es skandalös sei, „dass die Bundesregierung Faschisten und Antisemiten als Gesprächspartner anerkennt“ und „es geradezu zynisch sei, dass die Bundesregierung die Auffassung vertritt, dass diese Kräfte irgendetwas zur Lösung der Probleme in der Ukraine beitragen könnten.“ Die Abgeordnete Heike Hänsel kritisierte, „Während aktuell USA, EU und NATO Russland Völkerrechtsbruch in der Krim-Frage vorwerfen, werden eigene massive Verletzungen des internationalen Rechts tabuisiert, daher ist diese einseitige Außenpolitik zutiefst unglaubwürdig und trägt nicht zur internationalen Entspannung bei, im Gegenteil. "Nur eine Abkehr von internationalen Doppelstandards in der Einhaltung von Völkerrecht und eine aktive Außenpolitik des Interessenausgleichs, verbunden mit vertrauensbildenden Maßnahmen, können zu einer friedlicheren Welt beitragen".

Die Teilnehmer des Meetings verabschiedeten einen offenen Brief an die Bundeskanzlerin und den Außenminister mit dem Aufruf für eine glaubwürdige, verantwortliche und friedliche Außenpolitik einzutreten.

Darüber hinaus appellierten die Teilnehmer initiiert von der Gesellschaft Kultur des Friedens in einem Offenen Brief an die Medienvertreter zu einer verantwortlichen und lösungsorientierten Berichterstattung im Konflikt zwischen Ukraine und Russland.

Einem lösungsorientierten Dialog zwischen den Völkern steht vor allem der Alleinvertretungsanspruch der USA im Wege, die um jeden Preis verhindern wollen, dass Russland wieder einen angemessenen Platz in der Weltpolitik einnimmt.

\* \* \* \* \*

### *Das Friedenskomitee Georgiens schickte an den Korpunkt folgende Information:*

#### Georgien – Aktion vor der ehemaligen Botschaft der Russischen Föderation

Das Friedenskomitee Georgiens - Teil der Koalition "Eurasia Wahl" - hielt am 16. März ein Meeting vor dem Gebäude der ehemaligen Botschaft der Russischen Föderation in Georgien ab. Das Meeting war am Tag des Referendums auf der Krim organisiert worden. Das Hauptziel der Aktion war, in der georgischen Öffentlichkeit die Wahrheit über die Ereignisse in der Ukraine zu verbreiten.

Einer der Veranstalter der Aktion Temur Pipia erklärte gegenüber den Massenmedien, dass die Hauptverantwortung für die, die bewaffnete zivile Opposition und den Zerfall der Ukraine nicht Russland, sondern die rechtswidrige Macht in Kiew, die USA und die Europäische Union tragen.

Das Meeting verwandelte in eine Aktion gegen die NATO und die USA.

Zur gleichen Zeit wurde durch die Vereinigte Nationale Bewegung (UNM - die Partei von Ex-Präsidenten Saakashvili) eine Gegenaktion organisiert. Sie handelten aggressiv, zerrissen ein Transparent, schrien antirussische Losungen, drohten mit Gewaltanwendung, warfen harte Gegenstände auf die Demonstranten. Einige Losungen der liberalen Faschisten: „Sklaven Moskaus!“; „Die Putin-Leute werden nicht durchkommen!“ „Verräter Georgiens – fährt nach Russland!“, „Ruhm der Ukraine!“

Organisatoren dieser Gegenaktion waren: der Bürgermeister der Stadt Tbilisi – Ugulava, Abgeordnete von der UNM des Parlaments Georgiens und hohe Beamte der ehemaligen

Regierung, darunter der Chefideologen und so genannte "graue Kardinal" der ehemaligen Regierung, Exsekretär des Sicherheitsrates Georgiens - Bokeria.

Es kam zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, zwei Teilnehmer wurden von der Polizei verhaftet. Nach Beendigung der Aktion begannen Teilnehmer der Gegenaktion den Veranstalter des Meetings persönlich mit körperlicher Gewalt und "Vertreibung aus dem Land" zu drohen.

Die oben beschriebenen Ereignisse zeigen die sehr angespannte politische - gesellschaftliche Situation, wie sie in Georgien jetzt herrscht. Alles deutet auf die Tatsache hin, dass sich die UNM auf eine faschistische Revanche gemäß dem Drehbuch der Ukraine vorbereitet.

Die Ereignisse vor der ehemaligen Botschaft der Russischen Föderation haben alle großen Medien Georgiens und einige ausländische Medien übertragen. Einige Fotografien, aufgenommen vor Beginn der Aktion sind beigefügt.

Wir erinnern daran, dass das Friedenskomitee Georgias 2007 gegründet wurde und Mitglied-Organisation des Weltfriedensrates ist.



\* \* \* \* \*

*Die ukrainische Sektion des Europäischen Friedensforums – „Friedensform“ übergab folgende Erklärung*

**Europäisches Friedensforum  
(Ukrainische Sektion – Friedensforum)**

**Appell**

**An die Völker Europas aus Anlass des Sieges der oppositionellen Kräfte in der Ukraine.**

Bürger Europas! Brüder und Schwestern! Der Staatsstreich, der Revolution der Würde genannt wird, vollzog sich in der Ukraine unter der Führung neofaschistischer Kräfte. Die Opposition siegte um den Preis vieler Opfer betrogener Ukrainer. Leider wurden 80-90% der Protestierenden, verarmt durch die gnadenlose kapitalistische Ausbeutung, von verschiedenen politischen Kräften rechtliberaler Ausrichtung angeführt. Jenen Kräften, die selbst im Parlament das Recht in russischer Sprache aufzutreten, verweigerten. Im Kampf um die Macht nutzten sie gerechte Losungen, die zum Kampf mit dem Regime Janukovic, mit der Korruption, für soziale Gerechtigkeit aufriefen. Die Hauptkraft auf dem Maidan waren rechte extremistische, zuvor vorbereitete Hundertschaften (Stoßtrupps). Die Mehrheit der Bürger der Ukraine übernimmt nicht ihre Ideologie, glaubt aber an revolutionäre Veränderungen.

Das Hauptergebnis des Maidan aber war- der Beginn der Umwandlung der (von)Bevölkerung in ein (das) Volk, des Menschen in den Bürger, der danach strebt, aktiv auf die Entwicklung des Landes Einfluss zu nehmen. In der Ukraine vollzog sich: die Beseitigung einer halbkriminellen Oligarchie, mit einem vor der Rache geflüchteten (aber nicht „abgesetzten“) Präsidenten; die Rückkehr zur Verfassung von 2014 – als Katalysator demokratischer Umgestaltungen; die eine Dezentralisierung der Macht vorsieht, die Entwicklung der Selbstverwaltung, die Macht dem Volk, dem Bürger übergibt.

Aber leider sind in der Ukraine Kräfte an die Macht gekommen, deren Politik sich wenig von der der gestürzten Vorgänger unterscheidet. Es wird eine nicht sehr lange Zeit vergehen und das Volk wird auf gesetzlicher Grundlage diese Macht vollkommen oder teilweise verändern oder so lassen. Eine Antwort werden die Wahlen des Präsidenten 2014 und der Obersten Rada geben, wenn es keinen Druck aus dem Westen oder dem Osten geben wird.

Heute steht die Ukraine im Zentrum der Aufmerksamkeit der Welt. Das ist durch eine Reihe wichtiger objektiver Faktoren hervorgerufen: Erstens: die geographische Lage der Ukraine, die Nähe zu den zentralen Gebieten der Russischen Föderation (eine Verlockung für die NATO, auf ihrem Territorium ihre Stoßkräfte zu dislozieren). Zweitens: der Reichtum der natürlich-klimatischen Ressourcen und Bodenschätze in der Ukraine und in Russland, die in Europa verbraucht sind. Drittens: die Ressourcen an Arbeitskräften, das wissenschaftliche Potenzial, der sehr große Industriekomplex des Raketenbaues, Schiffsbau, Maschinenbau und billige Arbeitskraft, die sehr wichtig sind für die Überwindung der Systemkrise in Europa und in der Welt. Viertens: als Ergebnis des Wirkens dieser Faktoren – die verstärkte Einmischung von außen (die unzähligen Reisen westlicher Politiker in die Ukraine) mit dem Ziel sie auf ihre Seite zu bringen und in ihren Interessen auszunutzen, wobei selbst die Drohung mit militärischer Gewalt und mit ökonomischen Druck genutzt wurde.

Das berücksichtigend, wendet das Friedensforum in der Ukraine die Aufmerksamkeit der europäischen Öffentlichkeit auf den Vorschlag eines der Führer der linken Kräfte

A.A. Moros über die Notwendigkeit der Einberufung einer Europäischen Beratung über Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit, auf welcher die Führer der Länder verpflichtet werden, sich über die Friedensordnung im XXI. neutraler und souveräner Staat festgeschrieben wird. Dieser Schritt würde der Intervention Russlands auf der Krim, Provokationen in anderen Regionen ein Ende setzen, die Gestaltung der gegenseitigen Beziehungen der Staaten auf der Grundlage des Völkerrechts fördern.

Was die Wege der Ukraine aus der Krise betrifft, so könnten es folgende sein:

Erstens: Es ist ein Referendum zur Frage der staatlichen Ordnung der Ukraine durchzuführen, die auch die Möglichkeit ausschließt, dass sich jede neue Staatsmacht mit der Revision der Verfassung befasst,

Zweitens: Die Oberste Rada behandelt auf der Grundlage der Ergebnisse des Referendums die Grundlagen der Außen- und Innenpolitik. .

Drittens: Veränderung des Wahlgesetzes *изменить закон о выборах*, Übergabe der Macht an das Volk, Abschaffung der Geld-Kautions der Kandidaten, Einführung der Wahlen nach offenen Listen der Parteien, Festlegung der Aufnahmeklausel ins Parlament nicht mehr als 1%. Es ist eine prinzipielle juristische Bewertung von Fakten der Nutzung behördlicher Instanzen bei den Wahlen vorzusehen

Viertens: auf gesetzlichen Niveau sind Oligarchen von der Macht zu entheben. Geschäft und Staatsmacht sind zu trennen.

Auf dieser Grundlage wird sich die Ukraine zum Aufbau einer Gesellschaft der sozialen Gerechtigkeit bewegen und dabei, hoffen wir, auf die Unterstützung und das gegenseitige Verständnis der friedliebenden Kräfte in Europa und in der Welt.

Vil Romaschtschenko

Vizepräsident des Europäischen Friedensforums  
(Ukrainische Sektion - Friedensforum)

20. 3. 2014  
Kiew

\* \* \* \* \*

*Die tschechische zivilgesellschaftliche Organisation „ Soldaten gegen den Krieg“ übergab folgendes Schlussdokument der internationalen Konferenz „Gegen Gewalt und Krieg“, die am 16.3. in Prag stattfand.*

**Kommuniqué der internationalen Konferenz  
„Gegen Gewalt und Krieg“  
organisiert von  
der tschechischen Bürgervereinigung SOLDATEN GEGEN KRIEG  
unter der Schirmherrschaft des Weltfriedensrates**

Es ist jetzt 75 Jahre her, dass Hitlers Nazi-Deutschland die Tschechoslowakei besetzte. Die Carte Blanche der "liberalen" Kräfte wurde bereits durch das schändliche Münchner Diktat ausgestellt. Daraufhin folgten ein besetztes Paris und ein durch Luftangriffe zerstörtes London schon im darauffolgenden Jahr.

Dies sind tragische Lektionen, die auch durch die inzwischen vergangene Zeit nicht vergessen sind.

Auch der Kapitalismus hat kein humanistisches Rezept zur Lösung seiner heutigen Systemkrise. Stattdessen treibt er die Welt zu existenziellen Dramen und humanitären Katastrophen. Doch zur gleichen Zeit profitieren seine willigen „Helfer“, die faschistische Rechte, die bis jetzt verboten waren, von ihm. Der Mob, stolz auf seine faschistische Herkunft, ist heute selbst im europäischen Parlament vertreten und hilft damit dem System, seine Ziele zu erreichen.

Desto schlimmer ist die Straflosigkeit für das Herabsetzen der Erinnerung an die Helden, die dem Nazismus das Rückgrat gebrochen haben. Die Denkmäler derer zu beleidigen, die das faschistische Ungeheuer in Stalingrad besiegten - und die Sieger als den vermeintlichen "Zwilling" des Faschismus zu verleumden - ist ein Akt verkrüppelter Moral. Besonders dann, wenn widerlichen Prozessionen zugelassen werden, die die SS-Divisionen und ihre Komplizen feiern.

In gleicher Weise, wie Hitler die Völker angegriffen und umgebracht hat, wird wieder aufgerüstet und es scheint, als ob der Einsatz von Waffen wieder zur Normalität wird. Die Alibis für die Angriffe auf Jugoslawien 1999 und Afghanistan 2001, Irak 2003 und Libyen 2011 waren nicht weniger verlogen als jene, mit denen die Nazis ihre Überfälle vertuschten. „Demokratie“, die durch brutale Gewalt gebracht werden sollte hat jedoch lediglich Verbrechen gegen die Menschlichkeit, monströse Verwüstung und ein tragisches Erwachen aus dem "amerikanischen Traum" hervorgebracht.

Eine neue Methode der imperialistischen Vorherrschaft in den letzten Jahren ist das Phänomen der " Stellvertreterkriege". Wo auch immer die "fünften Kolonnen" unfähig sind, Wahlen zu gewinnen, auch durch Mengen von "gesponserten" Dollars oder Euros nicht, werden Provokationen „unter falscher Flagge“ auf die Tagesordnung gesetzt. Das mit Sarin in den Vororten von Damaskus gemordet wird oder Scharfschützen auf den Dächern von Kiew und Caracas - sind Wiederholungen manipulierter Provokationen, wie die, die Hitler verwendete, um den Beginn des II. Weltkriegs zu rechtfertigen.

Die Tschechoslowakei war die erste Trophäe solcher " schmutzigen Tricks ". Je weniger Nazi-Deutschland seine Absichten versteckte, dieses Land von der politischen Karte zu löschen, umso mehr tötete seine „5. Kolonne“ sowohl unbewaffnete tschechische Zivilisten als auch die uniformierten Staatskräfte - desto mehr drückten auch die „demokratischen“ Regierungen und Medien ihre Sorge über die „unterdrückten deutschen Minderheiten“ aus, als wenn diese „Diskriminierung“ und „ethnischer Säuberung“ ausgesetzt wären. Prag, attackiert auch von seinen westlichen Verbündeten, deren gemeinsames Ziel (der Kampf) mit Hitler gegen den Bolschewismus war, hielt dem deutschen Druck nur durch eine Reihe von defensiven Gegenkompromissen stand und war dadurch per Definition von vornherein verurteilt, zu verlieren.

Die Situation, in die die gegenwärtige imperialistische Politik des "gewaltsamen Regimewechsels" souveräne Staaten bringen will, unterscheidet sich von der in den 30er Jahren nur im Hinblick auf Nebensächliches. Die Motivation von vor 75 Jahren und heute bleibt die gleiche: Die Suche nach Energieressourcen, Märkten, "Lebensraum" und Einfluss-sphären



"Die Appeasement - Politik" war nicht nur eine Art von feigem Opportunismus. Die widernatürliche Mesalliance von "Liberalen" (und sogar der "reformistische Linken") mit einer faschistischen Rechten gibt es heute wieder in Europa. Die "internationalen Terroristen", die durch die USA und ihre Mechanismen gefördert wurden, waren schon Vorreiter der tschetschenischen Front gegen Russland als auch der Zerstörung des souveränen Jugoslawiens. In einem blutigen Staatsstreich in der Ukraine, der von den NATO Metropolen gelenkt wurde, verbanden sich die Bemühungen mit dem Neonazi- Mob.

Des Weiteren wird auch eine andere Erinnerung der 30er Jahre wieder belebt: ein wesentlicher Teil der "fortschrittlichen Kräfte", aus Angst von der "High-Society" als zu "radikal" verdammt zu werden, haben dem Faschismus nur "innerhalb gewisser Grenzen" widerstanden. Beim Trauern um seine Opfer, umgehen sie vorsichtig eine direkte Unterstützung von denen, die den Faschismus noch rechtzeitig stoppen könnten. Damit wurden seine entscheidenden Gegenspieler einem Machtspiel des Goebbels- Orchesters ausgesetzt, begleitet von all den anderen selbsternannten „Sprechern“ der " internationalen Gemeinschaft."

Genau das hat auch die Barriere ernsthaft geschwächt, von der erwartet wurde dass sie den heutigen Terrorismus davon abhält, sich auszubreiten - heutzutage vor allem den, der Syrien, Venezuela und auch die Ukraine angreift, welche einem Pakt von "Schocktherapie" und Stepan Bandera - Erbschaft unterworfen wird. Es ist scheinheilig und zynisch wie die USA und ihre Verbündeten die ukrainische Verfassung „verteidigen“, nachdem sie vorher ihr Marionetten-Regime in Kiew installiert haben.

Das demokratische Völkerrecht wurde nur auf den Trümmern von Hitlers „drittem Reich" geboren. Für seine entschiedene Verteidigung bedarf es einer Gegenüberstellung und des Vergleichs aller Trends (Fakten), welche die dunklen Wolken der 30er Jahre wieder über Europa getrieben haben. Es gibt nur einen exklusive Schiedsrichter für internationale Streitigkeiten: die UNO, die auf Grundlage der Prinzipien ihrer Gründungscharta alle Staaten verpflichtet, ohne eine einzelne Ausnahme, es „zu unterlassen mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt zu drohen". Die vorsätzlichen "humanitären Interventionen" der USA, der NATO und der EU haben die Grundlagen der internationalen Sicherheitsarchitektur und damit des internationalen Rechts zerstört. Die NATO, die größte Kriegsmaschinerie des Imperialismus, versucht, nach all ihren Verbrechen der 65 Jahre ihrer Existenz, das UNO - System mit ihrer eigenen willkürlichen Arroganz der Macht zu ersetzen.

Ihre Angriffe zerstören jedoch auch immer mehr das Leben und die Gesundheit der Truppen, die zum Angriff geschickt werden, aber hat auch Einfluss auf ihr Denken. Die Schrecken der ungerechten Kriege, die mit entgegen gesetzten Ergebnissen als ursprünglich versprochenen enden, verändert auch deren Sicht auf die Gesamtentwicklung. Es entwickelt sich ein breiterer Raum für eine mögliche politische Zusammenarbeit mit jenen Kräften, denen befohlen wird, die imperialistische Agenda auszuführen. Die Pflege dieser vielversprechenden Basis ist auch eine unserer Prioritäten.

Die Politik, die der Welt den grausamsten aller Kriege gebracht hat, zu besiegen, gelang nur auf ihren Gräber und Ruinen. Keine der Inkonsequenzen, die dieser Politik eine Tür geöffnet hat, darf wiederholt werden! Dies erfordert auch einen noch offensiveren Kampf gegen das Umschreiben und Verfälschen der Geschichte des letzten Jahrhunderts - und besonders der Wurzeln, der Ereignisse und politischen Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs.

Krieg ist nur für die Herrschenden ein Heil, die unfähig sind gegenüber den globalen Krisen, die sie selber verursachen. Die einzige Lösung ist eine echte Demokratie, die gelenkt ist von gesunden Menschenverstand und menschlicher Arbeit.

Dieses Mal muss der Fortschritt die Tragödie verhindern!

Prag 15. März 2014, der Veranstaltungsort des ersten Weltkongresses der Partisanen für den Frieden im April 1949, der zur Gründung des Weltfriedensrates geführt hat.